

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #38/2017

11. November 2017

Die Fragen stellte Florentine Elisabeth Elsholtz, Studentin des Masterstudienganges Stadtökologie an der TU Berlin; Teilnehmerin am Jugenddialog Klimaschutz.

Florentine Elisabeth Elsholtz:

Liebe Frau Bundeskanzlerin, die 23. Weltklimakonferenz findet in diesem Jahr vom 6. bis zum 17. November in Bonn unter der Präsidentschaft der Fidschi-Inseln statt. Ab dem 15. November beginnen die Verhandlungen auf Ministerebene. Sie waren selbst einmal Umweltministerin. Was hat sich Ihrer Meinung nach seitdem verbessert, und hat sich möglicherweise auch etwas verschlechtert?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, wir freuen uns natürlich, dass Deutschland Gastgeber ist, weil das UN-Klimasekretariat in Bonn ist, und dass die Fidschi-Inseln diesen Austragungsort gewählt haben. Und wir spüren ja auch alle in diesen Tagen, dass das ein sehr großes Ereignis ist. Verändert hat sich die Dringlichkeit seit den 90er Jahren. Wir haben in den 90er Jahren, als ich Umweltministerin war, von 1994 bis 1998, die ersten Rahmenbedingungen gesetzt: mit der Berliner Konferenz und dann mit dem Kyoto-Protokoll. Wir haben dann erleben müssen, dass diese rechtlich verbindlichen Ziele zur Reduktion von vielen Ländern eben nicht akzeptiert wurden, dass viele es nicht ratifiziert haben, zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika, und haben dann mit Kopenhagen einen neuen Anlauf genommen, der erst einmal scheiterte, aber mit der Klimakonferenz in Paris dann doch zu einem Erfolg geführt hat. Trotzdem bleibt wahr: Das Ziel, den Anstieg der Temperatur auf unter 2 Grad – am besten in Richtung 1,5 Grad – zu beschränken, dieses Ziel wird mit dem jetzigen Zustand nicht erreicht. Und deshalb geht es darum, dass natürlich jedes Land seinen Beitrag erbringt, und die Dringlichkeit – ich glaube, wir merken das alle an den Naturkatastrophen – ist groß. Und gerade wenn wir auch über Migration und anderes sprechen, wissen wir, dass das indirekt oft auch mit dem Klimawandel zusammenhängt.

Städte wie Amsterdam oder auch Kopenhagen zeigen, dass das Fahrrad eine echte Alternative zum Auto sein kann. In deutschen Großstädten hingegen hinkt der Ausbau des Fahrradverkehrsnetzes noch deutlich hinterher. Das macht das Fahrrad als Alternative unattraktiv und stellenweise auch gefährlich. Wieso wird also gerade in deutschen Großstädten wie beispielsweise Berlin nicht konsequenter in den Ausbau des Fahrradverkehrsnetzes investiert?

Wir haben hier in den letzten Jahren schon viele Fortschritte gemacht. Und ich glaube, jeder, der sich zum Beispiel in Berlin aufhält, weiß, dass das Fahrrad hier eine große Rolle spielt, aber zum Teil noch unter relativ gefährlichen Bedingungen. Wir haben einen Nationalen Radverkehrsplan bis 2020; hier sind natürlich nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und die Kommunen gefordert. Und wir haben 2017 immerhin eine Rekordsumme von 130 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um auch neue Radwege zu bauen. Bei den Radschnellwegen, die jetzt in der Planung

sind, geht es vor allen Dingen darum, auch die Planung zu beschleunigen, denn wir haben hier sehr umfangreiche Planfeststellungsverfahren zu durchlaufen, die uns auch zeitlich sehr verzögern können. Und das finde ich nicht gut. Wir haben das ganze Thema der Leihfahrräder in den Großstädten, das sich sehr frappant entwickelt hat. Und ich glaube, Deutschland hat eine Chance aufzuholen, wenngleich natürlich das Fahrrad immer nur ein Element in der Mobilitätskette ist. Aber dieses Element ist sehr, sehr wichtig und sollte vom Staat weiter gefördert werden. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen.

Die aktuellsten Studien belegen, dass die weltweiten CO₂-Emissionen auf ihrem Höchststand angelangt sind. Das zeigt, wie wichtig es ist, umgehend zu handeln. Trotzdem entsteht vielfach der Eindruck, dass auch in Deutschland der enge Kontakt zwischen Wirtschaft und Politik dem Erreichen der Klimaziele im Weg steht. Ist es nicht gerade beim Klimaschutz angezeigt, sich von Lobbyinteressen freizumachen?

Das Wort Lobbyinteressen ist immer leicht gesagt. Ich glaube, dass jede Branche ihr Anliegen hat, ist ja wichtig. Die Umweltverbände haben ein Anliegen, das ist, möglichst schnell den Umweltschutz nach vorne zu bringen. Und die Wirtschaftsunternehmen haben natürlich auch eine wichtige Aufgabe in der Sozialen Marktwirtschaft, denn wir brauchen ja auch Arbeitsplätze. Und wir müssen doch zwei Dinge schaffen: Dass wir die wirtschaftliche Entwicklung, die industrielle Entwicklung, auch den industriellen Kern, den wir haben, dass wir den in die Zukunft hinein entwickeln, ohne Arbeitsplätze zu verlieren oder in großem Umfang Arbeitsplätze zu verlieren. Denn wenn Stahlwerke, Aluminiumwerke, Kupferhütten, wenn die alle unser Land verlassen und irgendwohin gehen, wo die Umweltvorschriften nicht so gut sind, dann haben wir für das Klima auf der Welt auch nichts gewonnen. Also heißt die Aufgabe: Die Regeln so zu finden – sei es durch Ordnungsrecht, sei es durch freiwillige Maßnahmen, sei es durch Anreize materieller Art, Geldanreize –, dass einerseits die Arbeitsplätze erhalten werden können und trotzdem unsere Wirtschaft Vorbildcharakter entwickelt für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Denn darin liegt ja die Aufgabe. Wenn wir keinerlei CO₂-Emissionen mehr hätten in Deutschland, dann würde trotzdem der Temperaturanstieg weltweit noch über 2 Grad gehen. Aber wir als hochentwickelte Industrieländer haben die Aufgabe, Umwelttechnologien nach vorne zu bringen, technische Investitionen zu machen, vielleicht auch die Energiewende mit den EEG-Umlagen auszuprobieren: Wie kommt man am schnellsten zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen? Das alles sind die Aufgaben der Industrieländer und auch Deutschlands, weil wir ja schon sehr viel mehr CO₂-Emissionen in die Umwelt emittiert haben und damit auch – sozusagen – Verantwortung haben, dafür, dass sich die Dinge ändern. Aber andere müssen mitziehen; und die einfache Verlagerung von Arbeitsplätzen an Orte, wo die Umweltvorschriften nicht so groß sind, die hilft dem Klima auch nicht.

Klimaschutzziele für die Zukunft zu formulieren, sprich für das Jahr 2030 oder 2050, ist ein Leichtes, weil sie jenseits der kommenden drei Legislaturperioden liegen. Klar ist, dass schon heute die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Womit kann also bereits jetzt jeder Bürger klimaschützend aktiv werden und was ist Ihr persönlicher Beitrag zum Klimaschutz?

Also, als erstes ist natürlich die Tatsache, dass wir unser Klimaziel von 1990 bis 2010 eingehalten haben, nämlich um 20 Prozent zu reduzieren, schon mal etwas, wo wir auch in der Vergangenheit gezeigt haben, dass etwas passiert ist. Wir haben uns dann dasselbe Ziel nochmal für zehn Jahre gesetzt; nachdem wir für die ersten 20 Prozent 20 Jahre gebraucht haben und auch noch die Deutsche Einheit in dieser Zeit war. Deshalb ringen wir jetzt in den Sondierungsgesprächen für eine mögliche neue Koalition auch darum, wie können wir noch mehr Maßnahmen ergreifen, um dieses 2020er Ziel zu versuchen zu erreichen. Und dann ist es doch wichtig, dass man sich auch für 2030 und 2050 Ziele vornimmt, damit man schon alles darauf ausrichten kann. Wir haben in der Industrie sehr viel Energieeffizienz gewonnen. Wir sind im Verkehr noch nicht so weit, deshalb gibt es jetzt ja auch neue Vorschriften von der Europäischen Union; wir müssen die Elektromobilität und alternative Antriebe mit Macht voranbringen. Wir haben immer noch einen schlafenden Riesen, das ist die gesamte Wärmedämmung. Hier werden wir wieder dafür werben, dass wir endlich auch steuerliche Anreize haben, um Altbauten zu wärmen. Wir haben sehr ambitionierte Vorschriften für den Neubau. Und wenn Sie mich fragen: Ich zum Beispiel achte sehr darauf, dass gerade auch da, wo ich wohne, ordentliche Wärmedämmung angewandt wird.